



**Tom Cywinski, Iris Gertig, Christian Goiny, Marco Hahnfeld, Cornelia Seibeld,
Stephan Standfuß, Dr. Claudia Wein, Ariturel Hack, Stefan Häntsch,
Sandra Khalatbari und Peer Mock-Stümer**
Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchner Str. 5
10117 Berlin

Persönliche Erklärung zum Abstimmverhalten zu TOP 21 (Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin, Drs. 19/2552, in der Fassung der dringlichen Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, Drs. 19/3083) der 83. Plenarsitzung am 26.03.2026 gem. § 72 Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses aus den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf, **Tom Cywinski, Iris Gertig, Christian Goiny, Marco Hahnfeld, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß, Dr. Claudia Wein, Ariturel Hack, Stefan Häntsch, Sandra Khalatbari und Peer Mock-Stümer**, erklären hinsichtlich ihres Abstimmverhaltens in der heutigen Plenarsitzung zu TOP 21 Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsförderungsfondsgesetzes im Land Berlin, folgendes:

„In Anbetracht der anhaltenden Kritik aus der Berliner Wirtschaft und der Unstimmigkeiten und Fehlanreize des Ausbildungsförderungsfondsgesetzes, aber auch unter Berücksichtigung der im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD getroffenen Vereinbarungen, haben wir uns die Entscheidung für eine Zustimmung zu dem Gesetz in der zweiten Lesung nicht leicht gemacht. Die Verhandlungserfolge der CDU-Fraktion bilden sich in der dringlichen Beschlussempfehlung des Hauptausschusses (Drs. 19/3083) gegenüber der ursprünglichen Gesetzesfassung deutlich ab. Diese erkennen wir ausdrücklich als Schritt in die richtige Richtung an. Wesentliche Verbesserungen konnten dank der Intervention der CDU-Fraktion erreicht werden, die den wirtschaftsfeindlichen Charakter des Gesetzentwurfs substantiell entschärft haben. Dazu zählen im Besonderen der Geltungsbereich des Gesetzes nur noch für Betriebe ab zehn Vollzeitäquivalenten einschließlich Betriebsinhaber, die Höhe der Abgaben sowie das Außerkrafttreten bei Zielerreichung von 2000 Ausbildungsverhältnissen im Land Berlin.



**Tom Cywinski, Iris Gertig, Christian Goiny, Marco Hahnfeld, Cornelia Seibeld,
Stephan Standfuß, Dr. Claudia Wein, Ariturel Hack, Stefan Häntsch,
Sandra Khalatbari und Peer Mock-Stümer**
Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

Dennoch stellen wir fest, dass ein Ausbildungsplatzförderungsfondsgesetz zusätzliche Belastungen für Unternehmen in Berlin schafft und damit Risiken für den Wirtschaftsstandort Berlin einhergehen. Dies ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Rezession bei gleichzeitiger bereits durch die Wirtschaft erreichter Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze das falsche Signal. Wir befürchten zudem marktwirtschaftliche Fehlsteuerungen, da kleinere bis mittlere Unternehmen, die ihre Ausbildungsplätze nicht vollständig belegen können, für größere Betriebe, die bereits über ihren Bedarf ausbilden, die Ausbildungsplätze „querfinanzieren“. Zudem wird der Mangel an ausbildungsfähigen Bewerberinnen und Bewerbern für eine duale Ausbildung in vielen Branchen durch das zur Abstimmung stehende Ausbildungsplatzförderungsfondsgesetz ebenfalls nicht gelöst. Zudem treibt uns die Sorge um, dass zusätzlich ein bürokratischer Verwaltungsaufwand entsteht, der mit steigenden Personalkosten verbunden ist.

Das unbestritten richtige Ziel, mehr Plätze der dualen Ausbildung durch Unternehmen im Land Berlin zur Verfügung zu stellen, wäre aus unserer Sicht besser durch gemeinsame freiwillige Anstrengungen mit der Berliner Wirtschaft zu erreichen gewesen, denn durch eine bürokratische gesetzliche Regelung. Denn es liegt im ureigensten Interesse der Wirtschaft, im erforderlichen und möglichen Umfang auszubilden und damit gut qualifizierte Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Aus Verantwortung gegenüber der regierenden Koalition aus CDU und SPD und der getroffenen Koalitionsvereinbarung und damit der Handlungsfähigkeit der Berliner Landesregierung, haben wir dem Ausbildungsplatzförderungsfondsgesetz trotz der dargestellten gravierenden Bedenken zugestimmt. Gemeinsam mit der Wirtschaft müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die wünschenswerten Zielmarken für die Erreichung der Anzahl der Ausbildungsplätze zu erreichen und das Ausbildungsplatzförderungsfondsgesetz so schnell als möglich wieder außer Kraft treten zu lassen. “



**Tom Cywinski, Iris Gertig, Christian Goiny, Marco Hahnfeld, Cornelia Seibeld,
Stephan Standfuß, Dr. Claudia Wein, Ariturel Hack, Stefan Häntsch,
Sandra Khalatbari und Peer Mock-Stümer**
Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

Berlin, den 26.03.2026

Gezeichnet

Tom Cywinski, MdA

Iris Gertig, MdA

Christian Goiny, MdA

Marco Hahnfeld, MdA

Cornelia Seibeld, MdA

Stephan Standfuß, MdA

Dr. Claudia Wein, MdA

Ariturel Hack, MdA

Stefan Häntsch, MdA

Sandra Khalatbari, MdA

Peer Mock-Stümer, MdA